

V1101/21

Projektgenehmigung für den Bau der Kammerspiele westlich des Stadttheaters und der Werkstätten südlich des Stadttheaters Ingolstadt
(Referenten: Oberbürgermeister Dr. Scharpf, Herr Engert)

Stadtrat vom 14.12.2021

Der Antrag der Verwaltung (V1101/21) sowie der Ergänzungsantrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (V1132/21) und der Ergänzungsantrag der Stadtratsgruppe Die Linke (V1149/21) werden gemeinsam behandelt.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf trägt vor, dass das Stadttheater seit vielen Jahren auf eine Generalsanierung warte und auch seit vielen Jahren über ein neues Kleines Haus in Ingolstadt gesprochen werde. Seit mittlerweile fast zehn Jahren werde als Lösung für beide Themen über Kammerspiele diskutiert, auch in etlichen Sitzungen des Stadtrates. Es seien Standorte gesucht und untersucht worden, zuerst am Klenzepark, dann westlich vom Stadttheater. Es seien Wettbewerbe ausgerichtet worden, Pläne erstellt und Bürgerbeteiligungen durchgeführt worden. Insgesamt seien fast 4 Mio. EUR in die Vorbereitungen gesteckt worden. Die meisten Entscheidungen des Stadtrates der letzten Jahre zu diesem Thema seien einstimmig gefallen. Intensiv reden, prüfen und diskutieren sei gut und richtig, aber irgendwann einmal müsse eine Entscheidung gefällt werden und heute, nach fast zehn Jahren, sei die Zeit für eine Entscheidung nicht nur gekommen, sondern überfällig. Die Aufgeregtheit in der Diskussion um die Kammerspiele habe Oberbürgermeister Dr. Scharpf an manchen Stellen befremdlich gefunden, manchmal könnte man meinen, es werde dort kein Kulturbau, sondern ein Atomkraftwerk geplant. Er führt weiter aus, dass die Stadt Ingolstadt, wie mehrfach heute schon angeklungen, in der langfristigen Finanzplanung 530 Mio. EUR für Schulen und Kindertageseinrichtungen veranschlagt habe, völlig zurecht. Zudem leiste man sich ein Kongresszentrum für 60 Mio. EUR und eine dazugehörige Tiefgarage für 50 Mio. EUR, wofür es keine Zuschüsse gebe und beide Einrichtungen Defizitbetriebe seien. Bei den Kammerspielen spreche man von einem von der Stadt zu finanzierenden Eigenanteil von rund 18 Mio. EUR, den Rest zahle der Freistaat. Bei Betrachtung dieser Relationen frage sich Oberbürgermeister Dr. Scharpf ernsthaft, worum es manchem bei dieser bisweilen übererregt geführten Debatte überhaupt gehe. Die Kosten könnten es nicht sein, wenn 50 Mio. EUR für eine defizitäre Tiefgarage scheinbar kein Problem seien. Vielleicht müsse man im Leben aber auch nicht alles verstehen. 1966, im Jahr der Inbetriebnahme des Stadttheaters, habe es in Ingolstadt 69.000 Einwohner gegeben, heute gebe es doppelt so viele und die sehr hohen Auslastungszahlen des Theaters spiegelten das wider. Deshalb sei es mehr als gerechtfertigt, wenn nach 55 Jahren und nach der Verdoppelung der Ingolstädter Bevölkerung dem Stadttheater ein neues Kleines Haus zu Seite gestellt und das Provisorium am Brückenkopf endlich beendet werde. Auch wenn manche es gerne so hinstellten, das Ingolstädter Theater sei keine elitäre Veranstaltung, sondern ein Bürgertheater für die ganze Breite der Bevölkerung. Es erfülle einen Bildungsauftrag und erfreue sich gerade bei Kindern und Jugendlichen großer Beliebtheit. Das zeige auch der Beschluss des Jugendparlamentes, das sich einstimmig für die Kammerspiele ausgesprochen habe. Zum Standort teilt der Vorsitzende mit, dass der Stadtrat im Jahr 2017 als Vorgabe für den Wettbewerb festgelegt habe, die Kammerspiele müssten im Umfeld des Stadttheaters situiert sein. Der ursprüngliche Fokus auf den Bereich

östlich des Theaters sei sogar bewusst aufgegeben worden, um die architektonischen Möglichkeiten zu erweitern. Alle drei Siegerbüros hätten den Standort westlich des Theaters an der Schutterstraße favorisiert, weil dieser städtebaulich wegweisend sei, ein neues Entrée vom Süden her zur Altstadt schaffe und am Theatervorplatz endlich wirkliche Platzsituation erzeuge. Künftig entstehe hier ein urbaner Raum und ein echter Mehrgewinn für die Stadtentwicklung in der Altstadt. Im Übrigen sei die Überbauung an der Stelle gar kein Novum, denn früher habe dort die Donauhalle gestanden, die im zweiten Weltkrieg zerstört worden sei. Klar sei auch, dass in einem nächsten Schritt natürlich auch die Gestaltung der Schutterstraße und des Theatervorplatzes angegangen werden müsse. Es sei schon viel über Details geredet worden, wie z. B. über baustatische und technische Themen, über Tiefgaragenparkplätze, über Bäume und Straßenführungen und weiteres, zuletzt gestern im gemeinsamen Ausschuss. Oberbürgermeister Dr. Scharpf möchte sich deshalb heute in einem größeren Zusammenhang mit den Kammerspielen beschäftigen. Es gehe mehr als nur um ein neues Kleines Haus und um mehr als eine Interimsstätte für die Theatersanierung. Es gehe um einen wichtigen Baustein für die Zukunft der Stadtentwicklung. Die Stadt stehe mitten in der Transformation von der monostrukturell geprägten Audi-Industriestadt hin zu einer Stadt, die sich breiter aufstelle und sich ein Stück weit neu erfinde. Ingolstadt sei ein Hochschul- und Wissenschaftsstandort, ein Standort technologischer Innovationen und es gebe nunmehr am IN-Campus mit Carriern wertvolle Ansätze für einen Softwarestandort. Ingolstadt stelle sich also für die Arbeitsplätze der Zukunft richtig gut auf, aber eines stehe fest: Wenn Ingolstadt eine wirtschaftlich erfolgreiche Stadt innovativer Technologien sein wolle, müsse die Stadt mehr bieten, als nur gut bezahlte Arbeitsplätze. Das Thema Fachkräftemangel werde für den künftigen wirtschaftlichen Erfolg zum Lackmestest, denn die Fachkräfte der Zukunft fragten nicht nur, wo sie gut parken könnten, sondern was ihnen die Stadt zu bieten habe. Sie wollten in einer Stadt mit urbanem Lebensgefühl und mit einer hohen Lebensqualität wohnen. Deshalb müsste die Stadt ihr Profil schärfen und die weichen Standortfaktoren stärken, damit man den Kampf um die Fachkräfte im Wettbewerb mit anderen Städten bestehen könne. Dazu gehöre natürlich das Thema Mobilität und ÖPNV, bezahlbarer Wohnraum, ökologisches Umfeld und auch und vor allem die Kultur. Selbstverständlich nicht nur als Hochkultur, sondern genauso gut als Kreativ-, Sub- und Volkskultur. Kaum ein anderer Faktor präge das Erscheinungsbild einer Stadt so sehr wie ihre Wahrnehmung als Kulturstadt. Am Beispiel Linz zeigt Oberbürgermeister Dr. Scharpf auf, dass die Stadt nicht mehr nur als Industriestadt wahrgenommen werde, sondern Linz verbinde man heute fast wie selbstverständlich auch mit einer Kulturstadt. Ziel müsse sein, dass Ingolstadt in der überregionalen Wahrnehmung mehr sei, als Audi und das Ingolstadt Village und die Kultur werde dabei als Standortfaktor eine Schlüsselrolle spielen. Aus diesem Grund gebe es die Gründung eines Kultur- und Kreativzentrums im alten DK-Gebäude und deshalb auch die Kammerspiele. Der Vorsitzende möchte, dass Ingolstadt überregional als Stadt mit eigenen starken Markenkernen, als Kraftzentrum in der Mitte Bayerns gesehen werde, und nicht als Stadt, an der man an der A 9 vorbeifährt. Mit den Kammerspielen sei man auf dem Weg dahin, ein wichtiger Baustein im Transformationsprozess der Stadt zu sein, nicht nur als Theater, sondern als multifunktional nutzbares Gebäude, das über Ingolstadt hinaus strahle. Es werde neben dem neuen Museum für Konkrete Kunst und Design, dem Kongresszentrum, dem Digitalen Gründerzentrum, dem Hochschulausbau, sowohl im Georgianum als auch am Gießereigelände, als weiterer Standort-Booster wahrgenommen. Die Kammerspiele seien kein Hirngespinnst für die Überbrückung der Generalsanierung des Stadttheaters, sondern seien ein wichtiger Eckpfeiler der Stadtentwicklung und der Standortattraktivität. Oberbürgermeister Dr. Scharpf bittet am Ende seines Wortbeitrages darum, die Stadt in großen Linien zu denken, die sich bietende Chance zu ergreifen und die Kammerspiele endlich auf den Weg zu bringen.

Stadtrat Stachel bezieht sich in seinen Ausführungen auf die Umfrage der Freien Wähler. Er frage sich, was an der Umfrage falsch oder zu einfach gewesen sei. Einige argumentierten bei den Kammerspielen mit der Errichtung von Vogelnistkästen, einem Gründach, Solarpaneelen und der Verwendung von Recyclingbeton, andere mit dem Verlust von 130 Tiefgaragenstellplätzen oder der Grünanlage mit 49 Bäumen und mit dem Verbrauch von über 50 Mio. EUR Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger. Als Stadt würden die Bürgerinnen und Bürger einige Male nach ihrer Meinung gefragt, z. B. nach dem Radfahren in der Fußgängerzone, aber wie groß sei die Angst vor der Bürgermeinung, wenn es um den Standort der Kammerspiele gehe. Die FW-Stadtratsfraktion habe keine Furcht davor, sondern möchte die Meinung wissen. Die Teilnahme an der Befragung sei genauso sicher oder unsicher gewesen, wie die Umfragen der Stadt. Die Freien Wähler hätten sogar mit dem gleichen Anbieter wie die Stadt Ingolstadt gearbeitet. Die Briefe, Mails und Telefonnummern lasse Stadtrat Stachel außen vor, denn sonst würde es sofort heißen, alles sei unglaubwürdig, aber bei einer Auswertung oder Beantwortung sei man von 100 % Ablehnung des Standortes nicht weit entfernt. Die Antworten auf die Umfrage, die offensichtlich alle elektrisiert und interessiert, stünden noch aus. Gespannt seien nicht nur die Freien Wähler auf das Ergebnis gewesen. Stadtrat Stachel bedankt sich an dieser Stelle ausdrücklich bei allen, die an der Umfrage teilgenommen hätten und mit ihrer Stimme einen Hinweis darauf gegeben hätten, was Bürgermeinung sein könnte. Er dankt vor allem den Teilnehmern, die ehrlich geblieben seien und die nicht die Möglichkeit des Betrugs gesucht und genutzt hätten. Die Fragen seien an die Bürger gerichtet worden und es seien keine Manipulationsabsichten unterstellt worden, weder bei den Befürwortern noch bei den Gegnern. Es habe zahlreiche Beschwerden gegeben von Normalnutzern, die gerne in der Familie mehrfach abgestimmt hätten, aber nur ein Endgerät hätten und deshalb nur einmal abstimmen konnten. Diese Menschen hätten eben nicht den genannten betrügerischen Geist dazu. Stadtrat Stachel habe immer gedacht, als FDP-ler denke man an Freiheit und Eigenverantwortung. Die Standortbefürworter seien sogar so dreist und verkündeten öffentlich ihre gelungene Manipulation. Hierbei stelle sich die Frage, warum das bei einer Umfrage zu einem Stimmungsbild, das helfen würde, mehr über Bürgermeinung zu erfahren, nötig sei. Vom Umfrageergebnis werde seine Fraktion kein Bürgerbegehren ableiten, aber die Bedenken der Umfragekritiker ermutigten sie, für ein Bürgerbegehren zu sorgen, was dann kein manipulierbares Stimmungsbild, sondern eine demokratisch anerkannte Form der Bürgerbeteiligung sei. Stadtrat Stachel bedankt sich bei Oberbürgermeister Dr. Scharpf dafür, dass er gestern in einem Interview seine positive Grundeinstellung zu einem Bürgerbegehren, sollte es von manchen gewünscht werden, klar gemacht habe. Diese Haltung findet Stadtrat Stachel wirklich groß. In Bezug auf die Fakten teilt er mit, dass 37,5 % der Teilnehmer einen Bau der Kammerspiele am vorgeschlagenen Ort befürworteten, 62,5 % dies ablehnten. Besonders deutlich und informativ sei das Ergebnis des Abstimmungsverhaltens gewesen, nachdem die Umfrage am Samstag im DK beworben worden sei. Es seien nämlich die engagierten Unterstützer auf beiden Seiten nicht mehr dabei, diese hätten bereits am Donnerstag und Freitag aktiv und gut vernetzt abgestimmt. Für Samstag ergebe sich ein Stimmungsbild von 75 zu 25 gegen den geplanten Standort der Kammerspiele. Mit über 6.700 Teilnehmern sei die Umfrage erfreulich gut angenommen worden. Generell gegen den Bau von Kammerspielen, egal wie und an welchem Ort seien lediglich 40 % der Beteiligten. Daran sehe man die differenzierte Meinung in der Bevölkerung zum Thema Standort und der grundsätzlichen Notwendigkeit, so dass das Fazit laute: Eine Mehrheit wolle einen Ersatz für das Kleine Haus und die Ausweichspielstätte, aber nicht an dem derzeit geplanten Standort. Stadtrat Stachel weist darauf hin, dass diese Zahlen nicht den Anspruch einer repräsentativen Meinung erheben, allerdings dürfte der Stadtrat sich trotzdem fragen, ob die Bürgermeinung in diesem Gremium ausreichend repräsentiert und

gewürdigt werde. Jeder solle frei nach seinem Gewissen abstimmen und dazu stehen, daher beantragt Stadtrat Stachel eine namentliche Abstimmung und hofft auf Zustimmung zu diesem Verfahren. Die Entscheidung bei den Freien Wählern stehe fest: Keine Kammerspiele auf der Grünfläche an der Schutterstraße, keine 50 Mio. EUR in eine Ersatzspielstätte verbauen, keine 130 Tiefgaragenstellplätze vernichten, keine hohen Folgekosten, keine zusätzlichen Ausgleichsmaßnahmen, sondern die Sanierung des Stadttheaters, für den Zeitraum der notwendigen Schließung nach mehreren alternativen Standorten im Stadtgebiet suchen und für das Kleine Haus und die Werkstätten eine funktionale, günstigere Lösung entwickeln. Nur wenn Alternativen ernsthaft zugelassen würden, könnten sie gefunden werden. Wie bei anderen Gebäudesanierungen, bei denen weder Schüler, Lehrer, Ärzte, Pfleger und Patienten gefragt würden, ob eine Übergangslösung angenehm oder belastend im Alltag sei, sollte nach vorübergehenden Einschränkungen danach wieder ein generalsaniertes, neuwertiges Theater vorhanden sein. Ein Theater, das sich Ingolstadt auf Dauer leisten könne. Dies seien, so Stadtrat Stachel die Ausführungen zur Umfrage. Alle bekannten Einwände noch einmal zu thematisieren, sei in seinen Augen völlig überflüssig. Abschließend stellt Stadtrat Stachel fest, dass der strukturierte Fragenkatalog, den die Freien Wähler zu den Kammerspielen gestellt hätten, von der Verwaltung nicht strukturiert beantwortet worden sei. Er hätte sich grundsätzlich erwartet, dass er auf eine Anfrage auch eine nachvollziehbare Antwort bekomme und nicht Antworten, die in die Sitzungsvorlage eingestreut würden. Nichtsdestotrotz habe er sich das Ganze angeschaut und zu den meisten Fragen auch Antworten gefunden. Ihm fehle in der Sitzungsvorlage allerdings eine Darstellung der durch den Bau der Kammerspiele ausgelösten Kosten bei der Stadt und den dafür zuständigen Töchtern. Stadtrat Stachel möchte zudem die Sensibilität wecken in Bezug auf die Aussagen zum Mischwasserkanal, wo nicht abschätzbare Risiken aufgrund zu berücksichtigender, hydraulischer Anforderungen genannt würden. Wie in der Begründung zum Bebauungsplan unter Nummer 6 Altlasten, Kampfmittel aufgeführt, verbinde sich das Plangebiet im Bereich der historischen Befestigungsanlagen mit bodendenkmalpflegerisch relevanten Mauerresten. Mit heterogenen Auffüllungen sei zu rechnen. Des Weiteren bestehe der Verdacht, dass Kampfmittel sowie vorherrschende Altlasten wegen belastetem Auffüllmaterial und der früheren Nutzung als Militärbahnhof vorgefunden würden. Die Antworten auf diese Einwände der INKB und die schlummernden Risiken könne sich Stadtrat Stachel nur selbst erschließen. Er stellt die Frage, ob die im Plan ausgewiesene Leitungsschutzzone die Lösung sein könnte oder ob etwas übersehen wurde. Antworten auf diese Fragen erhoffe sich Stadtrat Stachel von Herrn Fall.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf teilt mit, dass es natürlich ein genialer Schachzug einer Partei sei, wenige Tage vor einer Abstimmung auf der eigenen Parteiseite eine Umfrage durchzuführen. Interessant wäre es gewesen, wie das Ergebnis ausgefallen wäre, wenn andere Parteien auf ihrer Internetseite eine Umfrage gestartet hätten, vermutlich jedes Mal unterschiedlich. Auch wenn Stadtrat Stachel sage, es handle sich um keine repräsentative Auswertung, sondern nur ein Stimmungsbild, werde aber damit suggeriert, dass ein gewisser Bürgerwillen in der ganzen Stadt zu herrschen scheine. Das finde Oberbürgermeister Dr. Scharpf nicht in Ordnung, weil von Stadtrat Stachel betont werde, dass offensichtliche Manipulationen herausgerechnet würden. Der Vorsitzende fragt an, wer darüber entscheide, was Manipulationen seien und welche neutrale Stelle die Auswertung überwacht habe. Aus seiner Sicht sei die Umfrage nichts anderes als „Kokoloeres“. Gegen ein Bürgerbegehren mit anschließendem Bürgerentschied spreche überhaupt nichts, denn dann wisse der Stadtrat den Bürgerwillen endgültig, aber in einer repräsentativen Demokratie sei es Aufgabe des Stadtrates, Entscheidungen zu treffen und sich nicht hinter fadenscheinigen Umfragen zu verstecken. Seit dem Jahr 2017 sei klar, dass der Standort an der Schutterstraße durch

einstimmigen Beschluss, den auch die Freien Wähler mitgetragen hätten, untersucht werde. Kurz vor der Entscheidung werde eine Umfrage gestartet und hier stelle sich die Frage, warum dies nicht schon früher gemacht worden sei. Die Freien Wähler hätten Kosten von über 3 Mio. EUR für die Standortuntersuchung an der Schutterstraße mitverursacht. Man hätte sich viel Geld sparen können, wenn die Freien Wähler vorher ihr Verhältnis zu diesem Standort geklärt hätten. Es könne doch nicht die Alternative sein, so der Vorsitzende, dass man sich nach zehn Jahren der Standortprüfungen weitere Jahre auf die Suche eines anderen Standortes begeben. Dabei mache die Stadt sich doch lächerlich. Die Alternative könne doch, nüchtern betrachtet, dann nur lauten, dass das Projekt beendet werde und man sich als Übergangslösung für die Stadttheatersanierung mit einem Zeltbau behelfe, um nicht weitere Gelder für die Standortsuche auszugeben. An der Stelle solle sich der Stadtrat über die Konsequenzen klar sein, wenn kein Beschluss gefasst werde.

Herr Engert weist darauf hin, dass in der Vorlage auf alle wesentlichen Punkte des Fragenkatalogs der Freien Wähler eingegangen worden sei, so dass man es für absolut redundant gehalten habe, eine eigene Auflistung vorzulegen. Auf einige Punkte möchte Herr Engert noch eingehen: Die Kammerspiele kosteten keine 54 Mio. EUR, denn die Werkstätten hätten mit den Kammerspielen nur begrenzt zu tun und müssten, wenn man fair sein wolle, herausgerechnet werden. Es sei unstrittig, dass der Bau der Werkstätten am Theater logistisch und ökologisch gesehen die einzig sinnvolle Lösung sei. Des Weiteren habe Herr Engert schon verschiedentlich darauf hingewiesen, dass, wer für die Kammerspiele sei, am Schluss des Tages auch für einen Standort sein müsse. Der Klenzpark sei vier Jahre als möglicher Standort geprüft worden und das Projekt einstimmig eingestellt worden, dann der Standort westlich der Donaukaserne, also der in der Diskussion befindliche Standort. Es beschleiche Herrn Engert der Verdacht, dass es eigentlich nicht um den Standort gehe, sondern um die Kammerspiele, die nicht gewollt würden. Zur Umfrage stellt Herr Engert fest, dass er es nicht für fair halte, Herrn Bauer kriminelle Energie zu unterstellen. Herr Bauer habe lediglich auf Sicherheitslücken hingewiesen. Es sei ein Unterschied, ob die Stadt ein Stimmungsbild einhole, z. B. beim Straßenumbau oder ob es sich um eine Umfrage bei einem weitaus strittigeren Thema handle, das leicht von Teilnehmern manipuliert werden könnte. Als letzten Punkt stimmt Herr Engert dem Vorsitzenden zu, dass, sollten die Kammerspiele nicht gebaut werden, für die Sanierung des Stadttheaters ein Zelt benötigt werde. Am Schluss käme mit Sicherheit die Frage der Sanierung des Kleinen Hauses und der Bau von Werkstätten. In der Summe werde dies der Stadt Ingolstadt deutlich mehr Geld kosten, als die gerade vorgeschlagene Lösung.

Herr Fall zeigt in Beantwortung der Frage von Stadtrat Stachel auf, dass es beim Thema Kanal nach planerischer Bearbeitung keinerlei Überschneidungen mit bestehenden Kanälen gebe. Auf die Spartenumlegungen sei er in der Beschlussvorlage eingegangen. Die Kosten seien mit den Stadtwerken und den Spartenträgern abgestimmt. Auf die anderen Themen wie Kampfmittelfreiheit und Archäologie sei er, so Herr Fall, in dem vorberatenden Ausschuss eingegangen. Es sei für ihn ganz normal, dass bei jedem Projekt eine Kampfmitteluntersuchung gemacht werde, wobei in diesem Bereich auch nicht mit einer Freimessung gearbeitet werde, sondern mit einer Begleitung des Aushubs. Herr Fall betont, dass für alles Budgets vorgesehen seien und ausreichend Vorsorge getroffen worden sei.

Stadtrat Stachel merkt an, dass bei der vor Jahren beschlossenen Standortprüfung die Freien Wähler zugestimmt hätten. Die Prämisse sei immer gewesen, eine Prüfung zuzulassen, da es keinen Sinn mache, gegen etwas zu sein, bevor geprüft werde. Wenn den Freien Wählern das heute vorgeworfen werde, sei dies seiner Ansicht nach ein „starkes Stück“. Es sei eben nicht so, dass die Freien Wähler grundsätzlich gegen alles seien,

sondern die Fakten seien nun bekannt und das sei mitentscheidend für das Abstimmungsverhalten. Auch der ganze Prozess der letzten Monate und Jahre habe den Entschluss gefestigt, den Standort nicht mitzutragen. Zu den Kosten in Höhe von 50 Mio. EUR zeigt Stadtrat Stachel auf, dass immer von Werkstätten und Kammerspielen gemeinsam gesprochen werde, dabei seien z. B. die an die IFG laut Sitzungsvorlage zu bezahlenden Kosten nicht enthalten. Von Anfang an seien Summen für beides genannt worden und diese Summen seien ungefähr bei der Hälfte von dem gewesen, was heute aufgerufen werde. Die Freien Wähler hätten sogar gefordert, dass die Kosten für die Kammerspiele und die Werkstätten getrennt aufgeführt würden, um sich ein Bild machen zu können. Zu der Umfrage stellt Stadtrat Stachel fest, dass er diese am liebsten auf der Internetseite der Stadt Ingolstadt gemacht hätte, wo sie seiner Ansicht nach auch richtig aufgehoben gewesen wäre, aber die Stadt habe keine Möglichkeit geboten, nicht einmal für das Aufhängen eines Plakates im öffentlichen Raum am geplanten Standort der Kammerspiele. Zum Thema Manipulation zeigt Stadtrat Stachel auf, dass er Herrn Bauer niemals in irgendeiner Form Betrug vorwerfen werde. Stadtrat Stachel möchte lediglich feststellen, dass die Mehrheit im Raum nicht wisse, wie ein VPN-Server funktioniert und dass das Unterstellen einer Manipulation nicht das sei, was der Bürger mache, wenn er an eine Umfrage herangehe. Wieso werde überhaupt den Standortgegnern Manipulation vorgeworfen, fragt Stadtrat Stachel. Es könne von beiden Seiten passieren, was auch passiert sei, aber in einem erschütternden Verhältnis nicht von den Gegnern des Standortes. Zum Zeitpunkt der Umfrage führt er aus, dass eine Umfrage z. B. im Sommer nicht sinnvoll gewesen wäre, da noch keine Zahlen bekannt gewesen seien. Das mögliche Zeitfenster zur Reaktion sei genau 14 Tage gewesen. Nach Ansicht von Stadtrat Stachel solle vor den Meinungsäußerungen der Bürger auch Respekt gezeigt werden. Eine deutliche Mehrheit der Umfrageteilnehmer habe sich für die Errichtung der Kammerspiele und der Ersatzspielstätten ausgesprochen, aber eben nicht an diesem Standort. Bei einer differenzierten Meinungsabgabe, die so gegenteilige Positionen aufweise und mit Ja und Nein beantwortet werden könne, könne er sich nicht vorstellen, dass irgendjemand manipulierte. Man solle Respekt haben davor und nicht verurteilen, weil es manipulierbar gewesen sein könnte.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf äußert, dass die Standortfrage schon lange festgestanden habe und die Freien Wählern im letzten Jahr den konkreten Vorprojektplanungen zugestimmt hätten. Wenn Stadtrat Stachel so gegen den Standort sei, dann hätte er letztes Jahr schon die Chance gehabt, diesen Standort zu kritisieren, abzulehnen oder Umfragen durchzuführen.

Stadtrat Mißbeck gibt noch einmal einen Überblick über die seit vielen Jahren breit gefächerten Diskussionen und die kürzlich stattgefundenen zwei Hearings zu der zukunftssträchtigen, großen Kulturinvestition Kammerspiele. Es sei nicht einfach, noch Argumente zu finden, um den Standort trotzdem in Frage zu stellen. Vom Architektenteam Blauroth habe es in der Endphase noch detaillierte Informationen gegeben, die letztendlich auch Anerkennung gefunden hätten. Auch Herr Fall als Geschäftsführer der INKoBau erarbeitete monatelang gewissenhaft technische Fakten und finanzielle Daten, was sicherlich auch Respekt schaffe. Herr Engert habe zudem heute noch einmal sehr klar und deutlich das Bild der Kammerspiele gezeichnet. Als „Andersdenkender“ möchte Stadtrat Mißbeck trotzdem zumindest eine andere Richtung erwähnen und Fakten und Probleme aufzeigen. Aus der aufgeschlüsselten Investitionssumme von 43 Mio. EUR müssten die 8 Mio. EUR der Werkstätten dazugezählt werden. In den vorangegangenen Beiträgen würden logischerweise die großen Investitionen für Schulen, KiTas, marode Straßen erwähnt, um den Haushalt und das Wachstum der Stadt auf solide Beine zu stellen. Der Bauunterhalt sei in vielen Bereichen eine wesentliche Größe. Stadtrat Mißbeck stehe hier als langjähriger Abonnent

des Stadttheaters nicht als Kulturbanause, sondern als Anhänger der Ingolstädter Kultur, die auch leben müsse. Kultur sei auch ein Ansporn für Auswärtige, Ingolstadt müsse Flair haben, nicht nur Automobilstadt, sondern auch in anderen wirtschaftlichen Bereichen interessant sein und bleiben. Aber, so Stadtrat Mißbeck, stehe der Standort der Kammerspiele für viele noch in Frage und sei diskussionswürdig. Er bringt vor, ob vor zwei, drei Jahren, als das große Thema Klenzepark verloren gegangen sei, nicht resignierend ein Fehler gemacht worden sei. Das Für und Wider in all den Diskussionen sei natürlich auch durch Emotionen hervorgerufen und sie mündeten in der Frage, wem man das Vertrauen schenke: Den renommierten Architekten, dem Projektteam, das mit ihrem zu Papier gebrachten Fachwissen beeindruckte, aber letztendlich auch mit der Belastung von Ingenieuren, Architektenteams, die das MKKD zu verantworten hätten, wo Teile des Instrumentariums nicht untersucht worden seien und die Bodenuntersuchungen im Nachhinein eine Kostenexplosion bewirkten. Nun die Aussage eines erfahrenen Bauleiters, der unbestritten in der Vergangenheit große Projekte des Hauses Audi erfolgreich leistete und jetzt als Projektleiter möglicherweise in der Tiefgarage diese Themen zu erarbeiten habe. Themen, die Reizworte in der jetzigen Diskussion seien.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf unterbricht die Ausführungen von Stadtrat Mißbeck und bittet den virtuell an der Sitzung teilnehmenden Stadtrat Lipp auf, ein Plakat mit Thesen, das dieser an der Rückwand seines Zimmers platziert hatte, zu entfernen.

Stadtrat Lipp merkt an, dass es sich um ein kommunalpolitisches Thema handle und Oberbürgermeister Dr. Scharpf bei den Grünen nicht eingeschritten sei, als es um Bundespolitik gegangen sei.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf bittet Stadtrat Lipp erneut, das Plakat zu entfernen.

Stadtrat Lipp stellt fest, dass es bei allen angekommen sei, auch die Presse habe es registriert und er es deshalb gerne herausnehme.

Stadtrat Mißbeck setzt seine Ausführungen fort. Das heutige Bild im Donaukurier sei schön anzusehen, das Ambiente eingerahmt vom Herzogskasten, vom Hämer-Kultbau und dem Bau der Kammerspiele. Aber sei dies nicht eine Illusion, wenn man in der Gegenwart den Verkehrsfluss betrachte, ein lebendiger Knotenpunkt einer lebendigen Automobilstadt mit Altstadtverkehr von der Donau, Stadtverkehr vom Süden und einer Zufahrt zur Tiefgarage. Wo bleibe der viel zitierte Platz der Ruhe und des sich Begegnens? Wie immer die Entscheidung heute ausfallen werde und manche Themen mit unterschiedlicher Meinung diskutiert würden, sollten sich die gewählten Vertreter dieser Stadt und dieser Demokratie die Achtung und den Respekt voreinander bewahren. Das Wahlkampfmotto des Oberbürgermeisters Dr. Scharpf „miteinander und füreinander“ sollte alle auch heute noch prägen. Stadtrat Mißbeck bedankt sich beim Vorsitzenden, dass sich das Klima in diesem Stadtrat in den fast zwei Jahren wesentlich geändert habe und sich alle wieder wohlfühlten. Selbst mit unterschiedlichen Meinungen werde wieder versucht, gemeinsam nach außen ein gutes Bild abzugeben. Der Dank von Stadtrat Mißbeck geht auch an die Referenten für die Weitergabe ihres Fachwissens und der Erläuterungen und an alle Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates für das Zueinanderfinden, auch wenn man einmal anderer Meinung sei. Andersdenkende und Querdenker müsse es in einer Demokratie geben. Sein Resümee sei es, dass es ihm Freude bereitet hätte, dabei gewesen zu sein und Mitglied gewesen zu sein. Er appelliert an alle, sich diesen inneren Geist zu bewahren und die Meinung anderer zu akzeptieren.

Stadtrat Dr. Meyer trägt vor, dass von der Ausschussgemeinschaft FDP/JU nur Stadtrat Ettinger der einzige gewesen sei, der in der Vergangenheit dafür geworben habe, einen anderen Standort in die Prüfungen miteinzubeziehen, um die Optionen zu verbreitern. Mittlerweile habe dieser sich aber vom städtebaulichen Nutzen und von der Verschmelzung der Kulturstandorte an der Donau überzeugen lassen. An Stadtrat Stachel gewandt, führt Stadtrat Dr. Meyer aus, dass es sein könne, dass die Umfrage eine Tendenz in der Bevölkerung zeige und ein Bürgerentscheid so enden würde, wie Stadtrat Stachel das gerne möchte, wenn die Entscheidung auf so eine brachiale Schwarz-Weiß-Abstimmung ausgerichtet sei. Ein Schwarz-Weiß-Entscheid sei immer auch beeinflussbar von einer immer wieder neuen Infragestellung des Standortes. Die Argumente kenne man schon zum Teil, die heute an der Stelle aber einfach zu spät kämen. Für Stadtrat Dr. Meyer sei es so, dass man überzeugter Radfahrer sein könne und trotzdem der Auffassung sein, dass neue Straßen gebraucht würde. Man könne überzeugter Fußballer sein und trotzdem der Überzeugung sein, dass Schwimmbäder gebraucht würden und ebenso könne man als Netflix-Fan auch überzeugt sein, dass eine vernünftige Infrastruktur für das Theater gebraucht werde, was man durch die Konzentration von Ort, Raum und Zeit an diesem Standort auch bekäme. Das gegeneinander Ausspielen von vermeintlichen Klientelgruppen nerve ihn mittlerweile. Die Menschen und ihre Interessen seien unterschiedlich, aber es sei Aufgabe als Stadtrat, alle zu betrachten. Man müsse nicht überschwänglich zustimmen, auch die Form der Finanzierung nicht als genial preisen, ein bisschen Nüchternheit schade allen nicht, aber klar sei, dass das Theater eine ordentliche Infrastruktur brauche. Die Kammerspiele seien für eine Großstadt kein überzogener Luxus, sondern ein Ersatz für das baufällige Kleine Haus und eine Ersatzspielstätte für das Große Haus während der Sanierung. Neben der Kultur bekomme man einen weiteren großen Vorteil, das sei vor allem zeitliche Flexibilität. Die Generalsanierung könne solide angegangen werden, fast am Wichtigsten sei Stadtrat Dr. Meyer aber der städtebauliche Nutzen. Die Kammerspiele würden der neue Brückenkopf hin zur Donau sein, mit dem eine Verschmelzung von Innenstadt und Donau geschaffen werde, keine Verbindung über die Donau, sondern eine Verbindung an die Donau. Er glaube, dass es vielen Menschen seines Alters relativ ähnlich gehe. Man sei zwar nicht so theateraffin, aber man habe Interesse an einer Baukultur, die ohne Wolkenbügel Weitläufigkeit verheiße und die Stadt städtebaulich in die Zukunft bringe. In Erwartung, dass in den nächsten Jahren das Projekt gemeinschaftlich vorangetrieben werde, stimme die Ausschussgemeinschaft zu. Zum Antrag der Grünen fügt Stadtrat Dr. Meyer an, dass er eine ökologische Aufwertung des Nordufers für richtig und sinnvoll halte, ein Durchwinken des Antrages ohne weitere Prüfung halte er aber für nicht stimmig. Deshalb bittet er darum, den Antrag zum Prüfantrag umzuwandeln und die Verwaltung zu beauftragen, Möglichkeiten für eine sinnvolle ökologische Aufwertung darzustellen.

Stadtrat Süßbauer stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Rednerliste, da bereits stundenlang in den Fachausschüssen über die Kammerspiele beraten worden sei.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf ist der Meinung, dass jedes Mitglied des Stadtrates heute noch Gelegenheit haben sollte, sich zu äußern. Ein abruptes Ende der Diskussion hinterlasse keinen guten Nachgeschmack.

Stadtrat Lange plädiert ebenso wie der Vorsitzende dafür, die Rednerliste nicht zu schließen. Die Diskussion sollte zu Ende geführt werden. Er erinnert daran, dass seit dem Jahr 2016 über dieses Thema gesprochen werde und sich nun eine halbe Stunde weniger Zeit zu nehmen, wäre unglaublich.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf stimmt dem zu. Er glaubt, dass es die Aufgabe des Stadtrates sei, das Thema ausdiskutieren.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag von Stadtrat Süßbauer auf Ende der Rednerliste:

Der Antrag wird mit 5 Gegenstimmen (Stadträtin Kürten, Stadtrat Süßbauer, Stadtrat Lipp, Stadtrat Rehm, Stadtrat Schülter) abgelehnt.

Stadtrat Rehm zeigt auf, dass die Meinung der AfD-Stadtratsfraktion bekannt sei. Es seien nicht nur die Investitionskosten, sondern auch die laufenden Kosten der Kammerspiele, die der Stadt erhalten blieben. Dafür gebe es keine Fördermittel und das sollte in der ganzen Diskussion nicht außer Acht gelassen werden. Für seine Fraktion sei der Standort nicht nachhaltig, da im Untergrund Gefahren lauern. Die Sorge sei, dass es ähnlich wie beim MKKD laufe und man Probleme mit der Feuchtigkeit bekomme und die Kosten dadurch deutlich ansteigen könnten. An Stadtrat Stachel gewandt, weist Stadtrat Rehm noch darauf hin, dass er seit knapp 1 ½ Jahren im Stadtrat sei und seine Fraktion und er immer gegen die Kammerspiele gewesen seien. Insofern zeige seine Fraktion eine gewisse Beständigkeit bei diesem Thema und werde heute auch dagegen stimmen.

Gestern habe sich schon eine große Mehrheit für den Bau der Kammerspiele abgezeichnet, so Stadträtin Leininger, auch weil man sich jahrelang in Diskussionen um die Beantwortung von Fragen bemüht habe. Es sei auch nicht so, dass junge Menschen vielleicht nicht so theateraffin seien. Das Jugendparlament habe sich einstimmig für den Bau der Kammerspiele an diesem Ort ausgesprochen, also auch die Jugend sei mit im Boot. Zur Umfrage stellt sie fest, dass es sich um ein riesengroßes, gut aufgebautes Ablenkungsmanöver handle. Natürlich landeten auf der Internetseite der Freien Wähler die Unterstützer der Freien Wähler. Unter anderem könne die Umfrage deshalb nicht standhalten, weil kein alternativer Standort aufgezeigt werde. Insgesamt gesehen gehe es nur darum, Stimmung zu machen und um eine Art „verschränktem Denken“. Es entstehe der Eindruck, dass sich Stadtrat Stachel seinem Verein verpflichtet fühle. In der letzten Stadtratsperiode seien die Freien Wähler ganz anders aufgestellt gewesen. Es sei vielleicht, so Stadträtin Leininger, ein Unterschied zwischen einer Partei mit Parteiprogramm, das über eine Stadtratsperiode hinaus gelte, und einem Verein. Die Kammerspiele seien seit zig Jahren auf der Agenda des Stadtrates und hätten in allen anderen Programmen der hier vertretenen Parteien Eingang gefunden. Grundsätzlich befürworteten die Grünen eine Bürgerbefragung, aber nichts anderes sei in den letzten Jahren getan worden. Stadträtin Leininger bittet das zur Kenntnis zu nehmen und auch wertzuschätzen. Die Parteien seien für ihre Programme gewählt worden, so dass sie den Vorwurf nicht sehen könne, wenn es jetzt darum gehe, die Bürgerinnen und Bürger zu befragen. Sie sei froh, wenn die Debatte über Stimmungen endlich ein Ende habe.

Stadtrat Werner legt dar, dass er den Vorschlag der Koalition der letzten Amtsperiode des Stadtrates, eine Ersatzspielstätte für die Zeit der Sanierung des Stadttheaters zu schaffen und diese nach Sanierung als Kleines Haus weiterzuführen und als Raum für Veranstaltungen mannigfaltigster Art zu nutzen, genial gefunden habe und dafür heute noch dankbar sei. Zum Thema Umfrage stellt er fest, dass die Vorgaben und die Informationen, die den Abstimmenden mitgegeben worden seien, an Einseitigkeit nicht zu überbieten gewesen seien, z. B. werde von einem zweiten Theater gesprochen, dabei werde nur ein Ersatz für das Kleine Haus gebaut. Da die Meinung der Freien Wähler seit mindestens

einem Jahr felsenfest stehe, frage sich Stadtrat Werner, warum die Umfrage und die Durchführung in der Art und Weise überhaupt noch nötig gewesen seien. Dadurch werde das Niveau in den sozialen Medien in den Stadtrat getragen. Die Umfrage habe nicht stattgefunden, um sich selbst ein Meinungsbild zu schaffen, sondern mit dem Ergebnis der Umfrage sollte der Stadtrat unter Druck gesetzt werden. Bei dieser Gelegenheit würde Stadtrat Werner interessieren, wie viel von den 7.000 Abstimmenden Ingolstädter Bürger gewesen seien, was seines Wissens nicht feststellbar sei. Die Möglichkeit sei also gegeben - Stadtrat Werner möchte dies nicht unterstellen- Kollegen der Freien Wähler anderer Städte zu mobilisieren, um ein bestimmtes Ergebnis zu erzielen. Ein weiterer Punkt, der unbedingt richtiggestellt werden müsse, sei, dass heute nicht über den Standort entschieden werde, denn dieser sei längst, auch mit der Zustimmung der Freien Wähler, entschieden worden. Es habe nach dem Ergebnis des Architektenwettbewerbs ein gewisses Unbehagen gegeben, aber nach dem Ergebnis der Machbarkeitsstudie sei das ganze Jahr über in akribischer Kleinarbeit die Kostenermittlung erfolgt, die nun dem Stadtrat als Entscheidungsgrundlage vorliege. Zum Schluss stellt Stadtrat Werner noch fest, dass im Vergleich zum Milliardenhaushalt in Regensburg mit einem jährlichen Defizit von 15 Mio. EUR für ein Mehrspartenhaus die Stadt Ingolstadt ein Defizit von 10 Mio. EUR zu tragen habe. Das sei kein zu großer Beitrag für ein Kulturleben, um das man beneidet werde, wenn man die überregionale Presse anschau. Sollten 75 % der Stadtratsmitglieder heute für die Kammerspiele stimmen, sehe Stadtrat Werner auch keine Bedenken, die Bürger noch einmal zu befragen. Die SPD-Stadtratsfraktion werde sicher kein Bürgerbegehren initiieren, aber er könne sich vorstellen, dass durch ein Bürgerbegehren mit Ratsbegehren alle Fakten, nicht nur die Mutmaßungen und die unhaltbaren Behauptungen der Gegner auf den Prüfstand gestellt würden. Für seine Fraktion sei ganz klar, dass es ein genialer Standort sei und er sei froh, dass nach 40 Jahren etwas mit einem hohen architektonischen Anspruch gebaut werde, von dem alles was hätten, also sollte es getan werden.

Stadtrat Dr. Böhm hebt hervor, dass er von Anfang an ein Skeptiker dieses Baus und dieses Platzes gewesen sei. Er glaubt, dass es das längst diskutierte und bestuntersuchtete Projekt der Stadt Ingolstadt sei. Man müsse sich entscheiden und je länger darüber diskutiert werde, umso teurer werde die Renovierung dieses Baus. Er stimme zu und erklärt, dass endlich angefangen werden sollte.

Stadtrat Böttcher teilt mit, dass die gestrigen Aussagen von Stadtrat De Lapuente noch einer Gegenrede bedürften. Die 60 % Auslastung in der Tiefgarage stimmten vielleicht über das ganze Jahr hinweg, aber es gebe durchaus am Abend Stunden, wo die Tiefgarage voll sei und man keinen Platz finde. Es werde immer davon gesprochen, die Altstadt zu fördern, aber die Altstadt, der Christkindlmarkt, das Stadttheater und auch die Kammerspiele bräuchten die Tiefgarage. Für die Kammerspiele würden 300 – 500 Plätze benötigt, da in der Regel zwei Personen maximal pro Auto kämen, so dass zusätzliche Parkplätze fehlten, da auch noch weitere 130 Parkplätze wegfielen. Es sei vorher schon eng gewesen, es werde noch enger. Dies bittet Stadtrat Böttcher zu Protokoll zu geben.

Stadträtin Klein trägt vor, dass einige CSU-Fraktionskolleginnen und -kollegen und auch sie wahrnehmen würden, dass viele Bürgerinnen und Bürger das Projekt Kammerspiele sehr kritisch sehen. Es gebe sehr dominant im Raum stehende Argumente, z. B. die Fällung der Bäume, Steuergelder, Parkflächen. Dieses zugegebenermaßen sehr komplexe Thema könne ihres Erachtens aber nicht auf diese drei Begriffe heruntergebrochen werden. Die Meinung der Gegner könne sie nachvollziehen, aber nach all den Jahren der differenzierten Auseinandersetzung mit diesem Projekt sei die CSU-Stadtratsfraktion in überwiegender Form zu dem Ergebnis gekommen, dass es richtig sei, den Weg weiterzugehen. Hier sei

man auch an dem Punkt angelangt, wo man merke, warum es repräsentative Demokratie gebe. Manche Themen seien so komplex, dass es eines eigenen Gremiums bedürfe, das sich Zeit und Mühe macht, sich in ein Thema einzuarbeiten, um am Schluss eine Entscheidung fällen zu können. Dass es dann immer noch Personen gebe, die nicht dieser Meinung seien, das sei Demokratie und deshalb werde am Ende auch abgestimmt. Komplizierter werde es dagegen, wenn eine Bürgerbeteiligung gemacht werde, denn diese könne nie Mittel zum Zweck sein. Sie würde sich nicht gegen eine Bürgerbeteiligung stemmen, aber klar müsse sein, dass es eine schwierige Aufgabe sein würde, die Bürgerinnen und Bürger vom Kenntnisstand soweit zu bringen, dass sie, wie die Mitglieder des Stadtrates, in der Lage seien, eine Bewertung abzugeben. Es habe als Stadtrat viele Gelegenheiten zur Information gegeben, zuletzt zwei Hearings. In Erinnerung sei ihr eine Wortmeldung der Vertreterin der IHK geblieben, die aus Sicht der IHK gesagt habe, dass es Zeit sei für eine Entscheidung und dass sie das Ganze sinngemäß für einen Standortfaktor halte. Auch die Förderung des Freistaates bittet Stadträtin Klein nicht außer Acht zu lassen. Weitere Verzögerungen gefährdeten die überaus großzügige Förderquote des Freistaates. Zum Schluss findet sie, dass es besonders belastend sei, wenn die Rede von Befürwortern und Gegnern sei und wenn das Bild von der geteilten Gesellschaft gezeichnet werde. Das sei falsch, denn von allen werde versucht, die Stadt weiterzuentwickeln. Deshalb sollte auch bei der Begrifflichkeit darauf geachtet werden, dass Respekt vor der anderen Meinung vorherrsche. Am Ende werde abgestimmt und das, was die Mehrheit beschließe, werde dann umgesetzt.

Stadtrat Dr. Schickel bedankt sich bei Stadtrat Stachel, bei den Freien Wählern und bei all denen, die in letzter Zeit Stimmung gegen die Kammerspiele gemacht hätten. Letztlich sei jeder dadurch gezwungen worden, den eigenen Standpunkt zu hinterfragen, immer wieder die eigenen Argumente zu reflektieren und kontroverse Debatten innerhalb der Partei zu führen, was nicht immer einfach gewesen sei. Aus diesem Prozess könne viel mitgenommen werden. Stadtrat Dr. Schickel glaubt, dass sich alle zugestehen sollten, und da knüpfe er an die Worte von Stadträtin Klein an, dass alle am Wohl der Stadt interessiert seien. Entscheidend sei, dass man sich nach dem Abschluss des Prozesses in die Augen sehen könne. Als „alter Schulmeister“ freue er sich, dass heute hoffentlich auch zum Wohl der Schule beschlossen werde und die Kammerspiele an diesem Ort gebaut würden, denn Schule und Theater gehörten zusammen. Es gebe kein Gegeneinander von Schule und Theater, sondern es gebe nur ein Miteinander, denn im Theater würden die Kinder und Jugendlichen eine andere Welt, andere Welterfahrungen machen, sie lernten Sozial- und Selbstkompetenz. Das Jugendparlament habe dies letzten Freitag ebenfalls reflektiert und so empfunden. Stadtrat Dr. Schickel merkt des Weiteren an, dass die Stadt Ingolstadt mit den Kammerspielen ein städtebauliches Schmuckstück bekomme und man vielleicht in zehn Jahren sage, das Beste an München, neben dem FC Bayern, sei die Autobahn nach Ingolstadt. Er schließt mit einem Zitat von Goethe: „Der Worte sind genug gewechselt, lasst mich auch endlich Taten sehn“.

Stadtrat Reibenspieß äußert, dass auch die Freien Wähler die Theaterlandschaft nicht missen und neue kulturelle Formen ermöglichen möchten. Kultur werde als existenziell angesehen, das vielfältige Kulturleben sei schließlich in jeder Stadt von größter gesellschaftlicher Bedeutung. An Stadträtin Leininger gewandt, betont Stadtrat Reibenspieß, dass er ihr von Herzen dankbar sei für ihren eindringlichen Appell, den sie an die AfD gerichtet habe, sich verfassungskonform zu outen. Sie habe sehr anschaulich und analytisch vorgetragen, dass schon viele Grenzen überschritten worden seien, die zu einer Destabilisierung unserer Demokratie führten.

Stadtrat Dr. Spaeth stellt fest, dass er immer wieder fasziniert davon sei, wie häufig in Sitzungen über Parkplätze diskutiert werde und wie häufig dieses vorsintflutliche Denken, mit dem Auto in die Stadt fahren zu müssen, immer noch im Stadtrat verwurzelt sei. Grundsätzlich sei er sicherlich nicht der Kulturaffinste in der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, aber er sei ein großer Befürworter und sehe die Notwendigkeit der Kammerspiele an diesem Standort. Was er beim Hearing allerdings mitgenommen habe, bereite ihm ein bisschen Sorge und sei aus seiner Sicht ein schlechtes Zeichen für kommende Projekte. Auf dem Podium seien von Experten Zahlen auf den Tisch gelegt worden, dann seien Vorwürfe gekommen, dass die Darstellung viel zu schön gewesen sei. Daraufhin stehe eine Person auf, die gegen das Projekt sei und diesem werden dann recht gegeben. Wichtig sei Stadtrat Dr. Spaeth noch zu erwähnen, dass die Argumente nachvollziehbar sein müssten. Die Freien Wähler hätten im Wahlkampf noch eine Unterquerung des Auwaldes mittels eines Tunnels gefordert, bei der viel mehr Steuergelder „verprasst“ würden und die Umwelt zerstört werde. Genau diese Argumente seien jetzt bei der Diskussion um die Kammerspiele gebracht worden.

Stadtrat Lipp gibt bekannt, dass in den letzten Tagen am Stadttheater Werbung für die Kammerspiele angebracht worden sei und dies von Oberbürgermeister Dr. Scharpf toleriert worden sei. Andererseits habe sich dieser über die Online-Umfrage der Freien Wähler aufgeregt. Das finde Stadtrat Lipp etwas frech. Er fordert Oberbürgermeister Dr. Scharpf auf, eine Bürgerumfrage durchzuführen, denn dann seien Manipulationen, wie vom Vorsitzenden zuvor ausgeführt, ausgeschlossen. Mit diesem Schritt zeige der Vorsitzende den Ingolstädter Bürgern, dass er es ernst meine mit seiner Äußerung einer neutralen Bürgerbefragung.

Stadtrat Pauling erörtert, dass sich aus der gestrigen Diskussion noch ein Antrag der Linken ergeben habe, da das Thema Ökologie dabei wichtig sei. Die Ausgleichsflächen seien die lokale Kompensation der wegfallenden Bäume, nicht aber die globale Kompensation der grauen Energie von Stahlbeton. Auf diese Bauweise könne man an dem Standort nicht mehr verzichten. Da es sich aber um ein Leuchtturmprojekt handle, sei es wichtig, keinen Schatten auf die Zukunft und auf die dritte Welt zu werfen, wo CO₂ als erstes aufschlage und negative Konsequenzen hervorrufe. Klar sei aber auch, dass eine Zertifizierung nach DGNB zum jetzigen Zeitpunkt oder die Verwendung von Recyclingbeton eine Kostenexplosion nach sich ziehen würden, die auch Stadtrat Pauling gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nicht vertreten könne. Der Vorschlag der Stadtratsgruppe DIE LINKE sei es nun, den verwendeten Stahlbeton über BIM zu berechnen und über eine Spende an die „Ofenmacher.org“ zu kompensieren. Nach groben Schätzungen könne von einem ganz niedrigen fünfstelligen Betrag ausgegangen werden. Da Stadtrat Pauling keinen klimaschädlichen Werken in dieser Größenordnung zustimmen möchte, würde er sein Abstimmungsverhalten davon abhängig machen. Er bittet um Zustimmung zu diesem Vorschlag.

Herr Engert informiert darüber, dass in Anbetracht der Größenordnung der Investition eine ermittelte Summe von 25.000 EUR zur CO₂-Kompensation vertretbar und vorstellbar sei. Zur korrekten Darstellung der Ausführungen von Stadtrat Rehm teilt Herr Engert mit, dass der Freistaat Bayern den laufenden Theaterbetrieb im Moment auch mit 2,4 Mio. EUR im Jahr unterstütze.

Herr Fall schlägt vor, bei der Ausschreibung bereits Nachhaltigkeitskriterien dazu zu nehmen, denn vor der CO₂-Kompensation sollte die Vermeidung kommen. Was nicht zu vermeiden sei, werde kompensiert.

Stadtrat Pauling stimmt diesem Vorschlag zu.

Stadtrat Witty hebt hervor, dass er sich kurz mit Herrn Forster von der IFG ausgetauscht habe. Bei der Theatertiefgarage gebe es nur in Spitzenzeiten eine Vollauslastung. Da die Tiefgarage beim Kongresszentrum noch dazu komme, glaubt Stadtrat Witty, dass der Verlust von 130 Parkplätzen kompensiert werden könne. Außerdem wäre es gut, wenn sich das Theater mit der INVG auf ein Kombiticket verständigen könnte, so dass mehr Personen mit dem ÖPNV ins Theater kämen und dadurch die Tiefgarage entlastet werden könnte. Beim Thema Umfrage stelle sich immer die Frage, wie diese gestaltet werde. Es gebe über 5.500 Parkplätze in der Ingolstädter Innenstadt, die die IFG bewirtschaftete. Die Auslastung betrage aber höchstens zwischen 60 und 70 %. Die Tiefgarage beim Kongresszentrum habe viele Millionen Euro gekostet, der Unterhalt koste ebenso viel Geld. Das Mittel der Wahl wäre nun eine Befragung, was mit der Tiefgarage passieren sollte. Stadtrat Witty hoffe dann nicht, dass bei der Auswertung ein Zuschütten der Tiefgarage herauskommen würde, denn das wäre ein völlig falsches Signal und nicht nachhaltig. Man könne über viel diskutieren, aber irgendwann müsse man auch über die Sinnhaftigkeit reden.

Zu den Anmerkungen von Stadtrat Dr. Meyer berichtet Bürgermeisterin Kleine, dass es gestern den Vorschlag gegeben habe, den Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen in den Hauptantrag zu übernehmen mit der Maßgabe, dass eine Potentialuntersuchung und Maßnahmenvorschläge zu Biodiversität, Auwaldvernetzung und Klimaanpassungen am nördlichen Donauufer und dem Raum über die beiden Theaterbauten veranlasst würden. Zudem gebe es Vorschläge, über die im Rahmen des Städtebauförderungsprogrammes Stadtgrün diskutiert werden könnte. Das sei auch mit der Stadtbaurätin bereits abgestimmt worden. Die Vorschläge von Herrn Fall unterstützt Bürgermeisterin Kleine, ebenso natürlich den Antrag der Stadtratsgruppe Die Linke.

Stadtrat Höbusch bedankt sich als Mitglied der „Ofenmacher.org“ im Namen des Vereins bei Stadtrat Pauling. Stadtrat Höbusch empfiehlt seinen Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates bei einer Flugreise, den CO₂-Abdruck dadurch zu kompensieren. Die Hilfe komme vor Ort an, das wisse Stadtrat Höbusch.

Es stünden immerhin 4 Mio. EUR an bisherigen Planungsleistungen im Raum, die in Gefahr stünden, „verbraten“ zu werden, so Stadtrat Köstler. Für ihn sei diese Summe nicht sinnlos vergeudet, denn egal wie das Ergebnis ausgehe, das müsse der Prozess sein, wie in Zukunft große Projekte im Stadtrat entschieden würden. Bisher sei nach einer Vorlage entschieden worden, siehe MKKD. Heute wisse man, worauf man sich einlasse und dementsprechend sei nach 4 Mio. EUR der richtige Zeitpunkt für eine Entscheidung.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf antwortet direkt auf die Ausführungen von Stadtrat Köstler. Planungsmittel seien ausgegeben worden für die Prüfung der Kammerspiele im Klenzepark (650.000 EUR), Ausgaben für das Stadttheater in den Jahren 2009 – 2020 für Brandschutzertüchtigung und Bestandsuntersuchung (3,2 Mio. EUR, davon 1 Mio. EUR nicht verloren, da für spätere Zeiten verwendbar, 2,2 Mio. EUR seien verlorene Planungskosten beim Stadttheater, verursacht durch die Verzögerung der Sanierung, die Oberbürgermeister Dr. Scharpf mit einrechnet). 3 Mio. EUR seien für die Prüfung des Standortes Schutterstraße geflossen. Um die Summe von rund 6 Mio. EUR nicht noch größer zu machen, bittet der Vorsitzende, nicht weitere Summen in Standortsuche und -prüfung zu stecken, zumal sich die Bürgerinnen und Bürger irgendwann einmal fragen würden, wie viel Geld in dieser Stadt man noch verbrennen wolle und wann man endlich eine mutige Entscheidung treffe.

Herr Engert ergänzt, dass die entstandenen Planungskosten für die Maßnahme Schutterstraße nicht verloren seien, wenn gebaut werde.

Stadtrat Köhler weist darauf hin, dass die drei anderen Stadträte der UWG-Stadtratsfraktion für die Kammerspiele stimmen würden. An Stadtrat Stachel gewandt, fragt sich Stadtrat Köhler nach dem alten Spruch „Wasch mich und mach mich nicht nass“, nicht nass werden möchte, wenn man für die Kammerspiele sei, aber nicht für den Standort.

Stadtrat Stachel spricht sich gegen den Wortbeitrag von Stadtrat Werner aus, der damit suggerieren habe wollen, dass die Freien Wähler eine Denke haben könnten, man würde sich bundesweit organisieren, um die lokale Umfrage zu manipulieren. Den Freien Wähler sei es um ein Meinungsbild gegangen, auch wenn das Ergebnis anders ausgefallen wäre. Stadtrat Stachel betont erneut, dass durch die Prüfung des Standortes am Ende der Prüfung nicht die Erkenntnis stehen müsse, dass es der einzig richtige Standort sei. Ein Prüfauftrag mit der Ermittlung der Kosten mache doch keinen Sinn, wenn alle vorher schon dafür seien, egal was es koste. Jetzt stünden die Kosten fest und jetzt könne der Stadtrat entscheiden. Wie von Stadtrat Köstler im vorberatenden Ausschuss bereits vorgetragen, gebe es Schmerzgrenzen, die vor einem Jahr noch bei 42 Mio. EUR gewesen seien. Für fast niemanden seien weitere 10 Mio. EUR, die dazukämen, offenbar ein Problem. Die Äußerungen einer Vertreterin der IHK auf dem Symposium möchte Stadtrat Stachel ausdrücklich in Frage stellen. Diese habe maximal ihre persönliche Meinung kundgetan, denn mehr habe ihr zu diesem Zeitpunkt und zu diesem Thema auch nicht zugestanden. Der Wortbeitrag von Stadtrat Dr. Schickel zum Thema Respekt sei für ihn ein entscheidender Punkt, so Stadtrat Stachel. Man müsse die Meinung auch stehen lassen können und nicht immer bis zum letzten Argument begründen müssen. Am Ende des Tages müsse jeder für sich entscheiden, dies sollte respektiert werden. Dies sei ein Beispiel, genau wie Stadtrat Dr. Schickel erwähnt, für das Funktionieren einer Demokratie, denn wenn keine Gegenrede erhoben werde zu so einem in der Bevölkerung umstrittenen Thema, dann wäre mit diesem Gremium ganz gewaltig etwas „faul“.

Stadträtin Peters merkt an, dass alle geduldig zugehört hätten. Zum Schluss möchte sie ein bisschen positiver sein. Sie freue sich auf das Projekt, sie sei Unternehmerin, mutig und selbstbewusst und das wünsche sie sich auch für diese Stadt.

Stadtrat Lange führt aus, dass zwei Themen von Stadtrat Stachel angesprochen worden seien, die von ihm korrigiert werden müssten: Die Kosten und der Standort. Im Laufe der Diskussion habe er sich die Historie angeschaut. Seit 21.02.2017 sei tatsächlich schon neun Mal im Stadtrat über die Kammerspiele gesprochen worden. Zu Anfang sei gesagt worden, die Kammerspiele würden als dauerhafter Ersatz für das Kleine Haus gebaut, im Übrigen dann auch dringend im Stadttheater benötigte Werkstätten. Das sei ein einstimmiger Beschluss im Februar 2017 gewesen. Im Juli 2017 sei dann das Wettbewerbsverfahren einstimmig beschlossen worden. Der Beschluss, ein Realisierungswettbewerbsverfahren mit 15 Architekturbüros durchzuführen nach Abschluss der ersten Stufe, sei ebenfalls einstimmig gewesen. Im Juni 2018 sei das Wettbewerbsgebiet von der Mitte der Schlosslände bis zur Konrad-Adenauer-Brücke lange diskutiert, aber dennoch einstimmig beschlossen worden. Im Juli 2019 sei ein sog. Verhandlungsverfahren mit einer einzigen Gegenstimme vom damaligen Bürgermeister Mißbeck verbeschieden worden. Auch zu diesem Zeitpunkt sei der Standort schon längst klar gewesen, da die Wettbewerbsbeiträge in verschiedenen Räumen gezeigt worden seien. Als es dann um die Wertung aller Ergebnisse gegangen sei, seien die Freien Wähler auf einmal umgeschwenkt und gegen den Standort gewesen. Es stimme auch

nicht, dass der Stadtrat die Kosten der Werkstätten mit den Kosten der Kammerspiele schon immer als großen Bedarf gesehen habe.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf stellt fest, dass er nun am Ende der Rednerliste angekommen sei. Zum Antrag auf namentliche Abstimmung fragt er an, ob es reiche, dass die Gegenstimmen namentlich im Protokoll vermerkt würden, denn dann seien die Befürworter auch bekannt, da es keine Stimmenthaltung gebe.

Dies findet Zustimmung.

Auf Vorschlag von Stadträtin Mayr teilt Oberbürgermeister Dr. Scharpf mit, dass auch die abwesenden Mitglieder namentlich ins Protokoll aufgenommen werden.

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung V1101/21:

Mit 36 : 11 Stimmen (Stadtrat Bannert, Stadträtin Mayr, Stadtrat Böttcher, Stadtrat Reibenspieß, Stadtrat Stachel, Stadtrat Mißlbeck, Stadträtin Bulling-Schröter, Stadtrat Köstler, Stadtrat Rehm, Stadtrat Süßbauer, Stadtrat Lipp):
Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Nicht anwesend bei der Abstimmung:

Stadtrat Schlagbauer, Stadtrat Dr. Lösel, Stadtrat Wittmann, Stadtrat Schülter